

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden.  
Verleger: Carl Neubauer.  
Telefon: 25 241.  
Postfach: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. des Monats Dezember 1925 bei jeder monatlichen Zustellung im Voraus 1.50 Mark. Einzelhefte 10 Pf. (für den Monat Dezember 3 Mark).  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßgabe der in der Beilage des Dresdner Nachrichten vom 1. des Monats Dezember 1925 veröffentlichten Preiskontingente berechnet. Die Anzeigen werden in der Regel für 14 Tage angenommen. Für längere Anzeigen wird besondere Vereinbarung getroffen. Die Anzeigen werden in der Regel für 14 Tage angenommen. Für längere Anzeigen wird besondere Vereinbarung getroffen.

Schreibweise und Druckgröße: Schriftgröße 10 bis 12. Schriftart: Antiqua. Druck: Antiqua. Druckort: Dresden.

Druck nur mit beiliegender Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) zulässig. Inverlangt Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Anerkannt gute preiswerte  
Weine und Küche

## Limbacher

Fernsprecher 13777  
Johann-Georgen-Allee 8

## Die Große Koalition?

### Hindenburg verlangt Klärung der Arbeitsgrundlage für die Große Koalition

Dr. Schacht gegen die Überlastung der Wirtschaft durch den Staat. — Die Völkerbundrats-Sitzung. — Tschangsolins Zusammenbruch.

#### Der Zweck der Besprechungen Hindenburgs.

Der offizielle Bericht.  
Berlin, 7. Dez. Der Reichspräsident empfing im Laufe des heutigen Tages die Führer der Fraktionen des Reichstages (mit Ausnahme derer der kommunistischen und der völkischen Fraktion) zu Einzelbesprechungen über die politische Lage und die Frage der Kabinettsbildung. Für die sozialdemokratische Fraktion erschienen die Abg. Hermann Müller, Dittmann, für die der Deutschnationalen die Abg. Graf Helldorf und Tomphon, für das Zentrum die Abg. Dr. Marx und Dr. Bell, für die Deutsche Volkspartei die Abg. Dr. Scholz und Dr. Curtius, für die Demokraten die Abg. Dr. Koch und Ertelens, für die Wirtschaftliche Vereinigung die Abg. Drewnitz und Kollath und für die Bayerische Volkspartei der Abg. Lecht.  
Der Reichspräsident gab den Fraktionsvertretern gegenüber seiner Auffassung dahin Ausdruck, daß er angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieses Winters die Bildung der sogenannten Großen Koalition für wünschenswert erachte, sofern sich hierfür ein gemeinsames Arbeitsprogramm erreichen ließe. Er nahm hierzu die Vorschläge aller Fraktionsvertreter entgegen und bat die für die Große Koalition in Betracht kommenden Fraktionen, in der einen Partei im gegenseitigen Benehmen die Frage der Bildung zur Koalition sowie die Arbeitsgrundlagen für dieselbe zu klären und ihm das Ergebnis alsbald mitzuteilen. Die Fraktionsvorsitzer werden bis spätestens Donnerstag dem Herrn Reichspräsidenten ihre Entscheidung bekanntgeben.

#### Kein Kabinettsauftrag vor Freitag.

Berlin, 7. Dez. Wie die T.-M. erfährt, wird der Reichspräsident erst dann einen Kabinettsauftrag erteilen, wenn ihm die Mitteilungen der Parteien über ihre Haltung zur Kabinettsbildung bekannt gemacht sind. Da die Parteiführer in den heutigen Besprechungen mit dem Reichspräsidenten zusammentrafen, die Stellungnahme der Parteien bis Donnerstag zu unterbreiten, so dürfte der Auftrag zur Kabinettsbildung frühestens am Freitag erfolgen. (T.M.)

#### Die Deutsche Volkspartei verhandlungsbereit

Berlin, 7. Dez. Parteioffiziell wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident empfing heute als Vertreter der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei die Herren Dr. Scholz und Dr. Curtius zur Besprechung der Regierungsbildung. Auf den Hinweis des Herrn Reichspräsidenten, daß die Bildung einer Regierung auf breiter Basis angesichts der gegenwärtigen schwierigen Lage erwünscht sei, wußte nur das Zusammenarbeiten der Parteien von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei in Frage käme, erklärten die Vertreter der Deutschen Volkspartei ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen nach dieser Richtung. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist für Donnerstag vormittag 10 Uhr einberufen.

In parlamentarischen Kreisen ist man der Meinung, daß eine Regierung der Mitte unter Führung des bisherigen Reichskanzlers Dr. Luther die meisten Aussichten hätte, wieder längere Zeit arbeiten zu können, wenn die Auswahl entsprechender Fachmänner für die einzelnen Ressorts, insbesondere für das Reichswirtschaftsministerium so vorgenommen wird, daß wirklich überlegene fachliche Arbeit geleistet wird. Dem Reichspräsidenten sind sowohl von den Sozialdemokraten wie auch von den Vertretern der Deutschen Volkspartei die Schwierigkeiten der Bildung der großen Koalition vorgetragen worden. Trotzdem haben sich die Führer der Deutschen Volkspartei bereit erklärt, Verhandlungen über die Große Koalition zu führen. Die Vertreter der Sozialdemokraten haben beim Reichspräsidenten darauf hingewiesen, daß für Dienstag der Parteitag einberufen ist, der ein wirtschaftliches und sozialpolitisches Programm aufstellen soll, dessen Inhalt als unbedingt zu erfüllende Forderung den übrigen Parteien für den Fall vorgelegt werden soll, daß die Sozialdemokratie überhaupt an der Bildung beteiligt wird. Dieses sozialdemokratische Programm kann nach der bisherigen Haltung der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei im Hauptauschuß im Steuer- und im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags, bei der Erörterung von Beamtenfragen und von Fragen der Erwerbslosenfürsorge nicht mit dem Wirtschaftsprogramm übereinstimmen, das wenigstens bei den bürgerlichen Parteien der Mitte zum erheblichen Teile aber auch bei der Deutschnationalen Volkspartei sich herausgebildet hat.

#### Entscheidende Wendung in China.

New York, 7. Dez. Nach den in New York eingelaufenen Nachrichten stellt sich die Lage in China folgendermaßen dar: Nach der Niederlage des Generals Tschangsolin verläßt General Fenn die Provinz von Peking und seine eigene Machtposition zu befestigen. Er wird den General Kuosungling unterstützen. Kuosungling ist der General, der von Tschangsolin abgefallen ist und seine Niederlage verschuldet hat. Kuosunglings Truppen näherten sich den Linien Tschangsolins bei Tschingtschanku, unter dem Vorwand, sie wollten die Waffen niederlegen. Durch den Angriff dieser Soldaten wurden die mandchurischen Truppen vollständig überfallen, die Armee wurde aufgerollt und zog sich hastig auf Peking zurück. Es ist möglich, daß sie am Vespere noch einmal Widerstand leisten wird.

#### Die Verteidigung Mufdens ist vollständig zusammengebrochen.

Die Bevölkerung verläßt die Stadt. Tschangsolin ließ verbreiten, er wolle sich ins Privatleben zurückziehen. Jedemfalls bereitet er sich darauf vor, Mufden zu verlassen.

#### Tschangsolins Schicksal besiegelt.

New York, 7. Dez. Das Schicksal des mandchurischen Marschalls Tschangsolin ist besiegelt. Der Marschall hat vor den generellen Truppen des von ihm abgefallenen mandchurischen Generals Kuosungling, der sich zusammen mit dem Sohne Tschangsolins gegen diesen erhoben hatte,

kapituliert. Der christliche General Fenn, der augenblicklich Peking besetzt, hatte beträchtliche Truppenmassen dem General Kuosungling zu Hilfe geschickt. Die Truppen Tschangsolins befanden sich augenblicklich in überstürztem Rückzug auf Mufden.  
**Japans Behörden um die Mandchurei.**  
New York, 7. Dez. In japanischen Regierungskreisen befindet man sich über die Verhandlungen über Tschangsolins den Verfall der Mandchurei in die drei Provinzen nach sich ziehen wird, die dann leicht eine Dente Sowjetlands werden würden.  
Nach aus Tokio kommenden Mitteilungen hat das japanische auswärtige Amt aus Mufden Nachrichten erhalten, daß die Japaner in der Eisenbahnzone erste Zwischenfälle erwarten. Eine Anzahl Japaner soll bereits nach Korea geschickt sein. Japan will seine Truppen in der Mandchurei „auf die normale Stärke“ bringen. Die Regierung gibt trotz dieser Maßnahmen, die eine offensichtliche Einmischung in die chinesischen Angelegenheiten bedeuten, bekannt, daß sich Japan an dem Streit nicht beteiligen werde. Die japanische Regierung will sogar auf der japanischen Eisenbahn alle chinesischen Soldaten befehlen, die mit den ordnungsmäßigen Bahnrufen versehen sind. Japan könne nur seine Freundschaften in der südmandchurischen Eisenbahnzone dulden. Auf das Verhalten des Generals Fenn, Japan möge seine Neutralität erklären, wird Japan keine Antwort geben.

#### Randbemerkungen zum Demokratischen Parteitag.

Eine Rede Dr. Hellpachs als schlüssiger Auftakt. Weisreichs Feuerwerk, das man bei solchen Gelegenheiten gern am Schluß abbrennt, wenn die Schwierigkeiten behoben, das Programm feststeht und heiter lächelnde Einigkeit die stürmischen Wogen der Gegenläufe gelähmt hat. Diesmal war es wohl eine persönliche Aufmerksamkeit für den Parteitagskandidaten der Partei, daß man ihm das erste Referat über ein nicht ungefährliches Thema: „Demokratie und Germanentum“, eingeräumt hatte. So gewandt es Hellpach durchführte, so konnte er doch nicht über eine starke Unzulänglichkeit seiner Beweisführung hinwegtäuschen. Es ist ohne weiteres anzugeben, daß der demokratische Gedanke in der allgemeinen Staats- und Rechtsauffassung sehr viel Verwandtes findet; das hart ausgebildete Bewußtsein persönlicher Freiheit, die Neigung, gemeinliche Fragen auf gesellschaftlicher Grundlage zu lösen, die Verwurzelung des Rechts in der Volksgemeinschaft und das auf allen Gebieten gepflegte Wahlsystem sind Elemente, die auch die moderne Demokratie — wenigstens in der Theorie — kennt; und doch besteht ein grundsätzlicher Unterschied zwischen ihr und der germanischen Auffassung nach zwei Richtungen hin: einmal unterschied man bewußt und streng zwischen Freie und Unfreie, lehnte also das Gleichheitsprinzip unter allen Umständen ab, andererseits aber, und das ist noch wichtiger, verpflichtete die einmal getroffene Wahl den Wähler zu einer weitgehenden, bedingungslosen Gefolgschaft, die der heutigen Demokratie durchaus fremd ist. Hier vermischte Hellpach seine Rede in sehr ungeschicklicher Weise die Unterschiede, die zu seiner Theorie nicht paßten. Mit der Falschheit des Wahlsystems, die er zum Beweise für das Ungermanische des Erbfortuntums anführte, läßt sich in diesem Zusammenhang nicht viel anfangen; in der Praxis sah bekanntlich das Wahlsystem bzw. -fallertum nicht viel anders aus als die erbliche Monarchie, und in der Monarchie wiederum ist durch das — allerdings ungermanische — Gottesgnadentum das Recht, eine Dynastie zu entthronen, zwar stets bestritten, praktisch aber jederzeit ausgeübt worden. Hellpach begab sich also auf sehr glatten Boden, als er für seine Parteilehren geschichtliche Stützen zu schaffen suchte. Das, was wir heute Demokratie, und zwar Demokratie in der modernen parlamentarischen Ausprägung nennen, ist eine Schöpfung unserer Zeit und viel zu offensichtlich an fremde Vorbilder angelehnt, als daß man an eine Verwurzelung im germanischen Empfinden denken könnte. Wie sehr konstruiert Hellpachs Anschauungen sind, zeigt sein Ausbruch an anderer Stelle, die Demokratie sei das Kind des Protestantismus und der Humanität, obwohl zwischen Humanismus und Lutherismus das Verhältnis von Vater und Sohn besteht. Gleichzeitig aber behauptet er, die Demokratie sei schon vor der Reformation praktisch wirksam gewesen! Widerspruch über Widerspruch, und als er sich schließlich bis zu der Behauptung verheißt, der naturgegebenen Gegenpol der „protestantischen“ Demokratie sei der „katholische“ Konzeptionsismus, bricht ein Sturm des Widerspruches los, dem man seine innere Verachtung vom demokratischen Standpunkte aus nicht verzeihen kann. Theodor Deuß verließ der Opposition ungeduldig scharf Ausdruck, und Hellpach mußte am nächsten Tage erklären, er sei mißverstanden worden. Er hat sich vielleicht überlegt, daß als logische Folge seiner Rede nicht eine Koalition mit dem Zentrum, sondern mit dem protestantischen östlichen Junkturum das Wahlergebnis sein müßte. Im Hinblick auf die bevorstehende Regierungsbildung ein unerwartetes Ergebnis!

Durchaus unvermeidbar war mit Hellpachs Ausführungen auch das zweite Referat über kulturpolitische Aufgaben, das die zur Genüge bekannte Abneigung der Demokraten gegen die konfessionelle Schule noch einmal begründete. Der lebhafteste Beifall, den der Redner erntete und der sich zum anhaltenden Sturm verstärkte, als der Redner das Schlagwort von der „freien Bahn für den Führligen“ unter seine Hörer warf, wird Hellpach gezeigt haben, daß er nicht der Interpret der demokratischen Führerschaft, geschweige denn der großen Masse ist. Da trifft auch den Ton weitaus besser, obwohl seine Ausführungen weit weniger originell sind. Es kommt ihm nicht darauf an, laudabil anfragen, wenn er z. B. die Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen mit einer fortgesetzten Kriegsdrohung gleichsetzt, die demokratische Herrschaft aber als Unterpfand des Friedens preist. Dabei erklärt er freilich beinahe im gleichen Atemzuge, der Friedensvertrag und namentlich die Grenzen müßten abgeändert werden, obwohl er als erfahrener Politiker weiß, daß dieses Ziel